

Protokoll – öffentlicher Teil

39. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung

Sitzungstermin:	Dienstag, 30.04.2024
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:10 Uhr
Ort, Raum:	Edisonallee, Raum "Neues Palais", Edisonallee 5 - 9, 14473 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Dr. Mechthild Rünger Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder

Matthias Finken	CDU	Vertretung für: Stefan Gutschmidt
Heiko Schmidt	SPD	
Nico Marquardt	SPD	
Janny Armbruster	Bündnis 90/Die Grünen	

zusätzliches Mitglied

Alexander Dietmar Wietschel Freie FRAKTION Vertretung für: Andreas Menzel

sachkundige Einwohner

Sylvia Frenzel	BürgerBündnis
Robert Hirsch	CDU
Peter Mundt	Seniorenbeirat
Dr. Sophia Rost	Bündnis 90/Die Grünen
Timo-Daniel Seifert	Freie Demokraten
Sandro Szilleweit	DIE aNDERE

Dezernent

Dieter Jetschmanegg

Vertreter der Beiräte

Klaus Hahn	Beirat für Menschen mit Behinderung
Peter Hahnel	Seniorenbeirat
Viktor Kalitke	Migrantenbeirat

Abwesend

Mitglieder

Sabine Becker	Freie Demokratische Partei	nicht entschuldigt
Beate Goreczko	DIE aNDERE	entschuldigt

Stefan Gutschmidt	CDU	entschuldigt
Sebastian Olbrich	AfD	nicht entschuldigt
Sascha Krämer	Die Linke	nicht entschuldigt
zusätzliches Mitglied		
Andreas Menzel	Freie FRAKTION	entschuldigt
sachkundige Einwohner		
Prof. Dr. Karin Schwarz	SPD	nicht entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.03.2024
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Interessenvertretungen der Stadtteilvertretung Schlaatz im Ehrenamt ausstatten
Fraktion Freie FRAKTION 24/SVV/0406
 - 4.2 Konzept für eine demokratisch legitimierte Vertretung der Stadtteile in der Landeshauptstadt Potsdam
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters 24/SVV/0069
 - 4.3 Lernstube
Fraktion CDU 24/SVV/0233
 - 4.4 Petitionen an die Stadtverwaltung gemäß Beschluss 23/SVV/1096
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters 24/SVV/0415
 - 4.5 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung 2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS
Geschäftsbereich Finanzen, Investitionen und Controlling 24/SVV/0462

- 5 Partizipation
 - 5.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung
 - 5.2 Petition "Stoppt den Turmbau in der Medienstadt - für eine maßvolle Bebauung von Potsdam-Babelsberg!"
- 6 Transparenz
 - 6.1 Beschwerde über die Behinderungen des Bürgerservice beim Verfahren von Unterstützungsunterschriften zur Kommunalwahl 2024 unter Teilnahme des Beschwerdeführers
- 7 Digitalisierung
 - 7.1 Bericht des Digitalisierungsrates
 - 7.2 Bericht der AG Smart City
 - 7.3 Sachstand zum Transformationsprogramm Smart Potsdam und zum Bürgerserviceportal
- 8 Themenspeicher/Themenvorschläge
- 9 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Rürger, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 9 Ausschussmitgliedern anwesend. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig. Seitens der Verwaltung wird um Änderung der Tagesordnung gebeten. Die unter TOP 9 Sonstiges geplante Berichterstattung zur Rüge der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg (LDA) soll direkt zu Beginn der Ausschusssitzung behandelt werden.

Die Änderung der Tagesordnung wird **einstimmig angenommen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 19.03.2024

Zu Beginn der Sitzung sind 5 von 9 Ausschussmitgliedern anwesend. Der Ausschuss ist damit beschlussfähig. Seitens der Verwaltung wird um Änderung der Tagesordnung gebeten. Die unter TOP 9 Sonstiges geplante Berichterstattung zur Rüge der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht Brandenburg (LDA) soll direkt zu Beginn der Ausschusssitzung behandelt werden.

Die Änderung der Tagesordnung wird **einstimmig angenommen**.

Die so geänderte Tagesordnung wird **einstimmig angenommen**.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **3**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **2**

4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

4.1 Interessenvertretungen der Stadtteilvertretung Schlaatz im Ehrenamt ausstatten

24/SVV/0406
geändert beschlossen

Herr Jamerson (Fachbereich Stadtplanung) teilt mit, dass es bei der Formulierung des Antrages Herausforderungen gibt. Es gibt keine klaren Kriterien, was konkret unter moderner und angemessener Arbeitsausstattung zu verstehen ist. Entsprechende Räumlichkeiten, Internet und IT-Support werden bereits bereitgestellt. Hierfür entstehen der Verwaltung entsprechende Kosten. Die im Antragstext benannte Digitalstrategie der LHP hat keine inhaltlichen Bezüge zur Ausstattung von Interessenvertretungen. Die LHP wird jedoch weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten die Vertretungen unterstützen. Stadtkontor und PlanLabor sind bereits unterstützend aktiv. Für die Ausstattung weiterer Vertretungen sind aktuell keine Mittel im Haushalt geplant. Es wird daher seitens der Verwaltung empfohlen, den Antrag in der vorliegenden Fassung abzulehnen.

Frau Dr. Rürger fragt, für welche Aufgaben Stadtkontor unterstützend tätig wird. Herr Jamerson antwortet, dass Stadtkontor bei den Feldern Öffentlichkeitsarbeit und Quartiersmanagement unterstützend tätig wird.

Herr Kärsten stellt dem Ausschuss zum Verständnis nochmal dar, wie die Organisation in Interessenvertretungen abläuft.

Frau Armbruster fragt hinsichtlich der Abgrenzung von Interessenvertretungen und Stadtteilvertretungen.

Herr Kärsten sagt, dass u.a. im Zuge des Konzeptes für demokratisch legitimierte Vertretungen der Stadtteile darüber nochmal gesprochen wird.

Herr Finken, Frau Armbruster und Herr Wietschel verständigen sich auf eine Änderung des Antragstextes.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister stellt **unter Einbeziehung der WerkStadt für Beteiligung** sicher, dass die im Zusammenhang mit der Interessenvertretung des Stadtteils Schlaatz, dieser technisch und organisatorisch so ausgestattet wird, dass die Bedarfe, die eine Arbeitsfähigkeit im Sinne einer modernen und angemessenen Arbeitsumgebung erfüllt ist.

~~Diese Ausstattung ist so zu gestalten, dass die Verwaltung eine entsprechende Grundausstattung nicht für diesen Einzelfall erst erarbeiten muss, sondern eine Verfügbarkeit ab dem Zeitpunkt der auch durch die Gründung weiterer Interessenvertretungen beschlossenen Arbeitsaufnahme möglich ist.~~

~~Die Verwaltung legt hier zudem den Maßstab der städtischen Digitalstrategie an.~~

~~Die Verwaltung berücksichtigt die durch Interessenvertretungen eigenverantwortlich festgestellten Bedarfe.~~

Die Verwaltung befähigt die Interessenvertretung unabhängig von der bevorstehenden Kommunalwahl, der Konstituierung der darauf folgenden Stadtverordnetenversammlung und der Sommerpause der Stadtverordnetenversammlung in diesem Jahr.

Die Änderung der Vorlage wird **einstimmig angenommen**.

Die so geänderte Vorlage wird **einstimmig angenommen**.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: **5**

Ablehnung: **0**

Stimmenthaltung: **0**

4.2 Konzept für eine demokratisch legitimierte Vertretung der Stadtteile in der Landeshauptstadt Potsdam

24/SVV/0069
vertagt

vertagt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Einführung von Stadtteilvertretungen vergleichbar den Ortsbeiräten wird das Konzept

für eine demokratisch legitimierte Vertretung der Stadtteile in der Landeshauptstadt Potsdam umgesetzt und die Stadtteilvertretungen ab 2025 eingeführt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

4.3 Lernstube

24/SVV/0233
geändert beschlossen

Im Antragstext soll ergänzend „Einfache Sprache“ aufgenommen werden.

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob zum Beispiel an der Volkshochschule, Smart City und aktuelle Verwaltungsdigitalisierung vorgestellt und an Beispielen in „Einfacher / Leichter Sprache“ erklärt werden können.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

4.4 Petitionen an die Stadtverwaltung gemäß Beschluss 23/SVV/1096

24/SVV/0415
zur Kenntnis genommen

Herr Bischoff (Leiter des Büros des Oberbürgermeisters) erläutert das aktuelle Verfahren zu Petitionen in der LHP.

Herr Szilleweit fragt, warum dem PTD als Nachfolger des Petitionsausschusses nicht die Petitionen erhält. Herr Bischoff führt dazu aus, dass entsprechende Schutzinteressen der Petenten dagegen sprechen.

Herr Wietschel fragt, wie Petitionen dann ordnungsgemäß behandelt werden sollen, wenn sie aufgrund des Schutzinteresses nicht bereitgestellt werden können.

Herr Bischoff sagt, dass im Rahmen der Teilnehmungsplattform geplant ist, den Stadtverordneten ohne personenbezogene Daten die Petitionen zur Verfügung zu stellen.

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:
Ablehnung:
Stimmenthaltung:

4.5 Vorläufige Ergebnisse der sondierenden Haushaltsbetrachtung

24/SVV/0462
zur Kenntnis genommen

2025 (dezentrale Ergebnisse der Geschäftsbereiche) – einschließlich der vorläufigen Ist-Daten der Jahre 2022 und 2023 - Darstellung über IKVS

Herr Marquardt fragt, ob die Anzahl der Stellen für den Fachbereich E-Government ausreichend sind?

Herr Jetschmanegg antwortet, dass entsprechend Stellenbesetzungen im Fachbereich E-Government erfolgt sind und es noch zu besetzende Stellenanteile gibt. Die Verwaltungsleitung hat der SVV vorgeschlagen, den Stellenrahmen 2024 in 2025 beizubehalten. Die Verwaltung muss eine Balance zwischen einer Erweiterung des Stellenrahmens und offenen, bereits geplanten Stellenanteilen finden.

Herr Morgenstern-Jehia führt ebenfalls aus, dass die Stellenbesetzungen und die Stellenbesetzungsquote sich im Fachbereich E-Government positiv entwickelt haben. Einige Stellen, insbesondere im IT-technischen Bereich sind nach wie vor schwierig zu besetzen. Beispielsweise im Rahmen der Ausschreibungen der Stelle IT-Architektur, konnte in drei Auswahlverfahren keine Stellenbesetzung erfolgen.

Der IT-Betrieb bleibt davon unberührt und kann weiterhin sichergesetzt werden.

Die Vorlage wird **zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

5 Partizipation

5.1 Bericht des Beteiligungsrates und der WerkStadt für Beteiligung

Herr Kärsten dankt dem Ausschuss für die fortwährende Möglichkeit, über die Arbeit der WerkStadt für Beteiligung berichten zu dürfen. Ihm war die Arbeit im Ausschuss sehr wichtig. Für die neue Wahlperiode wünscht er sich ebenfalls eine gleichartige Arbeitsweise.

Hinsichtlich der Beteiligungssoftware wird derzeit intensiv an der Umsetzung gearbeitet. Im nächsten Schritt wird das Thema im Beteiligungsrat erörtert. Die ersten Anwendungen sollen ab Herbst angeboten werden.

5.2 Petition "Stoppt den Turmbau in der Medienstadt - für eine maßvolle Bebauung von Potsdam-Babelsberg!"

Die fachliche Stellungnahme des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) liegt nicht vor. Die Meinungsbildung des PTD soll noch vorliegen der Stellungnahme im Umlaufverfahren stattfinden.

Die Vorlage wird entsprechend **vertagt.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

6 Transparenz

6.1 Beschwerde über die Behinderungen des Bürgerservice beim Verfahren von Unterstützungsunterschriften zur Kommunalwahl 2024 unter Teilnahme des Beschwerdeführers

Frau Dr. Rüniger fragt die Ausschussmitglieder, ob zum vorliegenden Antwortentwurf an den Beschwerdeführer Redebedarf besteht und insoweit die Nicht-Öffentlichkeit im Ausschuss hergestellt werden soll. Seitens des Ausschusses gibt es keinen Diskussionsbedarf.

Dem Antwortentwurf wird einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

7 Digitalisierung

7.1 Bericht des Digitalisierungsrates

Es gibt seitens des Digitalisierungsrates nichts Neues zu berichten.

Frau Armbruster fragt, ob der Rat hinsichtlich der eigenen KI-Strategie zunächst auf die Strategie des Landes Brandenburg wartet.

Herr Marquardt bejaht dies.

Es gibt seitens des Digitalisierungsrates nichts Neues zu berichten.

Frau Armbruster fragt, ob der Rat hinsichtlich der eigenen KI-Strategie zunächst auf die Strategie des Landes Brandenburg wartet.

Herr Marquardt bejaht dies.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

7.2 Bericht der AG Smart City

Wird zusammen mit TOP 7.3 behandelt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

7.3 Sachstand zum Transformationsprogramm Smart Potsdam und zum Bürgerserviceportal

Herr Hantzsche berichtet anhand der beiliegenden Präsentation.

Das Impulspapier des Landes Brandenburg wird bei den Schnittstellen innerhalb der LHP geprüft. Das Transformationsprogramm wurde bereits im Januar sichergestellt. Das Bürgerserviceportal ist hierbei ein sehr wichtiges Instrument. In der Phase A wurden prioritäre Maßnahmen schon umgesetzt (z.B. PotsdamLAB). Ein Erfolg ist, dass die SmartCity-Strategie vom Fördermittelgeber bestätigt worden ist. Der Relaunch von potsdam.de soll im kommenden Jahr umgesetzt werden. Prozesse wie das Dokumenten Management System (E-Akte) befindet sich im Rollout. Für die Verwaltung befindet sich ein Social Intranet derzeit in der Umsetzung. Aktuell laufen auch mehrere Organisationsuntersuchungen in der LHP. Hinsichtlich des Themas künstliche Intelligenz wird der SVV eine Mitteilungsvorlage vorgelegt werden. Der umfangreiche Prozess zur Entwicklung einer neuen IT-Strategie befindet sich ebenfalls in der abschließenden Phase. Hierbei kristallisiert sich bereits heraus, dass die Erweiterung von strategischen Partnerschaften ein wichtiges Instrument sein wird. Der Zweckverband Digitale Kommunen Brandenburg DIKOM wird beispielsweise ein strategischer Partner bei der Umsetzung des Bürgerserviceportals sein.

An der Umsetzung des Themas E-Payment wird intensiv gearbeitet. Schritt für Schritt sollen die bürgernahen Dienstleistungen mit dieser Funktion verknüpft werden.

Frau Armbruster fragt, ob man beziffern kann, bei wie vielen Leistungen die Bürgerinnen und Bürger zukünftig nicht mehr in die Verwaltung kommen müssen. Herr Hantzsche sagt, dass das von den jeweiligen Dienstleistungen und ihren jeweiligen rechtlichen Grundlagen abhängig ist. Wenn die Digitalisierung der Leistungen abgeschlossen ist, wird man dann auch eine genaue Bezifferung vornehmen können.

Frau Dr. Rost fragt, ob auch das Back-End digitalisiert wird.

Herr Hantzsche antwortet, dass es auch hier von Leistung zu Leistung unterschiedlich sein wird. Ziel ist aber, auch das Back-End zu digitalisieren.

Herr Finken fragt nach einem Zeitplan, wann welche Leistungen online gehen können.

Herr Hantzsche sagt, dass die Planung nicht tagesgenau erfolgen kann. Der Arbeitsumfang ist von Fachverfahren zu Fachverfahren unterschiedlich. Von 600 OZG-Leistungen werden 303 bereits angeboten. Die Umsetzungsplanung für das laufende Jahr wird dem Ausschuss zur Verfügung gestellt.

Frau Armbruster unterstreicht die Wichtigkeit eines digitalen Rechnungsworkflows. Hier gibt

es die Möglichkeit, dass die Stadt Geld spart, wenn z.B. Skonto gezogen werden kann. Weiterhin ist ihr wichtig, dass im Zuge der Digitalisierung der Leistungen die Dokumente barrierefrei bearbeitet werden können.

Herr Marquardt teilt dazu mit, dass KI bereits viel Potenzial bietet, um barrierefreie Dokumente zur Verfügung zu stellen.

Herr Seifert lobt abschließend die Verwaltung. Im Ranking zum Digitalisierungsgrad unter den Verwaltungen hat sich die LHP verbessert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Stimmenthaltung:

8 Themenspeicher/Themenvorschläge

9 Sonstiges

Herr Jaremenko (Informationssicherheitsbeauftragte) berichtet zur Rüge der LDA anhand der beiliegenden Präsentation.

Die Anforderungen der LDA wurden eingehalten. Daher gibt es Verwunderung über den Inhalt des neuerlichen Schreibens der LDA. Die von der LDA veröffentlichten Informationen entsprechen nicht den Tatsachen. Die LDA führte z.B. aus, dass die Verantwortlichkeiten zur IT-Sicherheit in der LHP nicht geregelt sind. Dabei sind die Verantwortlichkeiten aber schon per Gesetz geregelt. Zuständig ist der Informationssicherheitsbeauftragter. Diese Stelle ist in der LHP durch Herrn Jaremenko besetzt.

Im Rahmen der IT-Krise war es wichtig, dass die operativen Maßnahmen greifen, damit die LHP wieder schnellstmöglich ans Netz gehen konnte.

Frau Armbruster fragt an, ob mit der LDA und ihrem Team gesprochen wurde, um die Vorwürfe auszuräumen. Sie sieht den größeren Punkt bei dem LDA-Schreiben beim Datenschutz als bei der IT-Sicherheit. Herr Jetschmanegg antwortet, dass die LHP regelmäßig im Kontakt mit der LDA ist. Im Weiteren führt er aus, dass das Verarbeitungsverzeichnis des Datenschutzes in der LHP derzeit dezentral organisiert ist. Es wird eine Projektgruppe gegründet, welche das Ziel verfolgen wird, dass Verarbeitungsverzeichnis zu zentralisieren. Zukünftig soll dies mittels einer Software unterstützt werden.

Frau Dr. Rüniger und Herr Marquardt haben, wie im letzten Ausschuss angekündigt, für die kommende Wahlperiode Empfehlungspapiere für die Arbeit des Ausschusses erstellt. Diese befinden sich in der Anlage.

Vorsitz:

Protokollführung:

Dr. Mechthild Runger

Fabian Kockjoy